

Jugendarbeitsschutz soll gelockert werden

Der Bundesrat hat eine Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz eingebracht. Sie geht auf eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz aus der letzten Legislaturperiode zurück und zielt darauf ab, die tägliche Arbeitszeit für Jugendliche flexibler zu gestalten.

Künftig sollen auch Jugendliche an einzelnen Werktagen derselben Woche 8½ Stunden (bisher acht Stunden) beschäftigt werden können, wenn an bestimmten Wochentagen die Arbeitszeit auf weniger als 8 Stunden verkürzt wird; die 40-Stunden-Woche bleibt also aufrechterhalten. In einzelnen Gewerbebranchen – darunter auch Krankenanstalten – soll der tägliche Arbeitsbeginn für Jugendliche vorgelegt werden können. Für Krankenanstalten ist ein Arbeitsbeginn für auszubildende Jugendliche über 17 Jahren ab sechs Uhr geplant.

Darüber hinaus plädiert der Bundesrat mehrheitlich dafür, die Frist, innerhalb derer ein Jugendlicher vor Eintritt in das Berufsleben ärztlich untersucht sein muß, von neun auf 14 Monate zu verlängern. Damit soll erreicht werden, daß sich Jugendliche vor dem Berufsgrundschuljahr noch fristgerecht untersuchen lassen können mit dem Ziel, zu verhindern, daß die Jugendlichen eine Berufsausbildung wählen, der sie körperlich nicht gewachsen sind.

Ein vom Bundeskabinett verabschiedeter Verordnungsentwurf zur Verbesserung der Ausbildung Jugendlicher enthält weitere Ausnahmen von Beschäftigungsverboten Jugendlicher vor sieben und nach 20 Uhr. Diese sollen auch für jugendliche Auszubildende in Krankenanstalten gelten. Nach dem Verordnungsentwurf soll es möglich sein, daß Jugendliche ab vollendetem 17. Lebensjahr schon ab sechs Uhr ausgebildet werden können. HM/DÄ

Schwarz-grüner Pakt

Berliner Experimente mit der Selbsthilfebewegung

Ekkhard Häussermann

Um Juppi, Haupt und Herz der „Fabrik“-Kommune in Berlin-Tempelhof (genau: Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, Viktoria-Straße 10–18, 1000 Berlin 42), toben in einem als Variété ausstaffierten Raum des ehemaligen Ufa-Kopierwerks zwei fröhliche Köter: Schäferhund Toni Turnschuh und Max Müller, eine Schnauzerpromenadenmischung, springen über seine Schultern und fegen schließlich in den Arm ihres Herrn. „Die nehmen wir auf unsere Tourneen mit“, erklärt Juppi. Der Kommunechef ist das, was als „Alternativer“ ins Bilderbuch der Stände eingegangen ist: langhaarig, ausgesprochen salopp, prophetisch, von seinem neuen Lebensstil überzeugt, den er und rund 60 andere Gefährten vorleben: Wir sind dieser „anderen“ Gesellschaft, die ihre Umwelt selbst ruiniert, mindestens eine halbe Generation voraus.

Juppi gehört mit seiner „Fabrik“ zu den Berliner Selbsthilfegruppen, die sich im Rahmen eines respektablen, nicht unumstrittenen, aber breitangelegten Konzeptes des Sozialsenators Ulf Fink (CDU) distanziert-freundlicher, kooperativ angelegter Förderung zur Selbsthilfe erfreuen. „Neben der traditionellen Förderung der freien Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen aus den Haushaltsmitteln der einzelnen Ressorts für im voraus festgelegte Aufgaben wurde 1983 erstmals ein Pauschalansatz von 10 Millionen DM im Einzelplan des Senators für Gesundheit, Soziales und Familie veranschlagt“, heißt es in einer Mitteilung des Senats trocken. Konkret: „Staatsknete“ hilft, daß diese Selbsthilfegruppen, in Berlin besonders nah an der Subkultur

und in der Revoluzzergrauzone lebend, nicht ganz underground tauchen.

So ganz offen mag keiner der beiden beteiligten Personen und seiner Mitarbeiter davon reden. Die Sozialbehörden subventionieren Selbsthilfegruppen nur, wenn sie „sich fachlichem Rat nicht entziehen“ und sich „einer kritischen Würdigung nicht verschließen“. Das ist durchaus legal und verständlich: Wer zahlt, schafft bekanntlich an, auch wenn darüber taktvollerweise nicht laut gesprochen wird. Die Opposition lauert (obwohl die CDU die heute darob verdrossene SPD in dieser Hinsicht schon lange erfolgreich links überholt hat), die Rechnungshöfe sind mißtrauisch. Es wird auch immer genau pointiert gesagt: Das ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Eine gewisse Kontrolle am Rand der Gesellschaft

Umgekehrt: Die in ihren Randzonen und Schichtungen sehr miteinander fluktuierenden und schillernden Selbsthilfegruppen legen auf ihre Eigenständigkeit größten Wert. Man ist stolz darauf, „neben“ dem so heftig abgelehnten System zu leben und lehnt offiziell den Kontakt zu den „Bürgerlichen“ ab. Ab und zu ist es zwar ganz schön, sich an deren „Staatsknete“ zu laben, aber auf offener Wildbahn will man nicht zugeben und konzedieren, daß dann nur brav agiert wird. Es ist ein tatsächlich problematisches Verhältnis. Der schnelle Berliner Journalistenwitz hat auch schon einen Slogan erfunden: Ulf Finks schwarz-grüne Koalitionen. Die bisherigen Beurteilungen sind

Schwarz-grüner Pakt: Selbsthilfebewegung

sauer-süß: Das sei ja ganz recht, sich Einfluß zu verschaffen und eine gewisse Kontrolle „am Rande der Gesellschaft“; aber was ist denn, wenn so mit Förderung und Duldung der öffentlichen Hand einmal rechtsfreie Räume entstehen . . . Es gibt über 1500 Selbsthilfegruppen in Berlin. Senator Fink hat sich in einem bislang unübersehbaren Raum, in dem höchst variable und abgestufte Interessen brodeln, Einblick verschafft. Aber genau scheint dieses Experiment noch niemand zu übersehen.

Zurück zu Juppi: Laut „Fabrik-Zeitung“, dem übrigens recht geschickt und ansprechbar gemachten Publikationsorgan der Ufa-Kommune, hat der Trupp, als er bei seiner Suche nach Wohnraum „des öfteren von Hausbesitzern und Politikern verschaukelt wurde, dann kurzerhand am 9. Juni 1979 die ehemaligen Ufa-Kopierwerke friedlich in Betrieb genommen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde dann am 15. Oktober 1979 mit dem Senat ein dreijähriger Mietvertrag abgeschlossen, 4000 DM Miete monatlich, bei halbjähriger Verlängerung“.

Was Juppi, der hagere Tischlersohn von der Mosel, uns bei einem Rundgang durch das Lager zeigt, sieht auf ersten Augenschein auch ganz adrett aus: Der Empfangsraum mit seinem Restaurantbetrieb, den Teppichen, Blümchenvorhängen und gemütlichen Lampen gleicht auch mehr einem Landcafé der dreißiger Jahre und hat gar nichts von einem sinistren Lokal an sich. Die verwahrlosten Räume der ehemaligen Vorführräume wurden repariert, die Dächer geflickt. Ein Teil der Bewohner ist Handwerker: Sie legten Leitungen, bauten eine technische Infrastruktur auf. Eine Werkstatt produziert Zirkuszelte, eine Vollkornbäckerei mit acht oder neun Mitarbeitern stellt Produkte aus biologisch-organisch angebautem Getreide her. Rund 40 der Einwohner reisen mit dem Zirkus gelegentlich durch die Bundesrepu-

blik, die Bäckerei beliefert Geschäfte der Stadt, eine Werkstatt repariert Fahrräder.

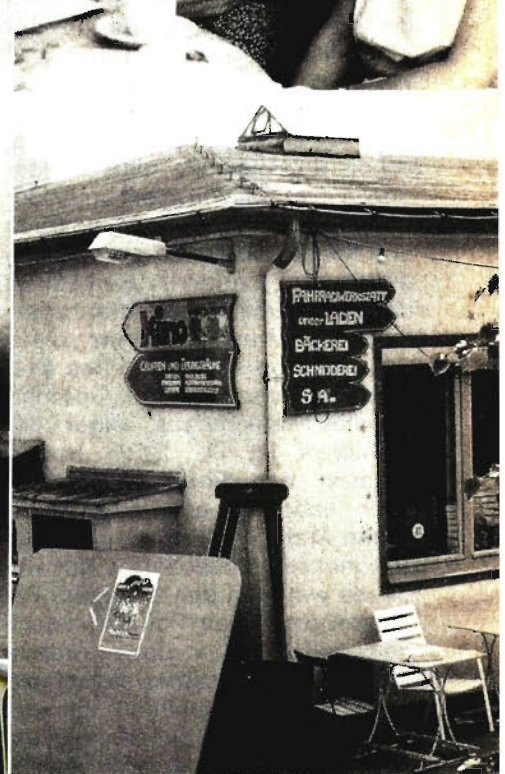
Juppis grüne Lebensphilosophie

In den Foyers, Bars, Schnitträumen, Eingängen der Filmvorführhalle verblaßt das Stiling und Design der dreißiger Jahre: Messinglichtregulatoren hängen etwas schräg, Tapeten modern, Dielen knarren. Sicherem Vernehmen nach saßen Göring, Goebbels und andere NS-Größen premieregenießend in den Sesselreihen. Neben uns Juppi, der uns seine Lebensphilosophie entwickelt: „Für uns sind diejenigen die Aussteiger, die die Luft verpesten, die Flüsse verseuchen, und die, welche die Zukunft der Menschen, ihre Gefühle und Kultur mit Füßen treten. Unsere Argumente sind dagegen unsere Arbeit, unser Brot, unsere Kultur, unsere Energieforschung, unsere Architektur und unser Respekt vor dem Nächsten“. Nach der „Fabrik“-Chronik wurden allein an Material 350 000 DM in den Platz investiert, 400 Mitglieder nutzen den Freizeitbereich, Gitarrenbands, Töpferei-, Sport- und Theatergruppen haben sich gebildet. Kein Zweifel: Die „Fabrik“ ist eine Anlaufbahn, für manche nach einem verkorksten Start eine zweite (ohne die es oft nur das Bahnhof-Zoo-Milieu gäbe . . .). Die Ufa-Kommune hat, „abgesehen von einer Starthilfe vom Netzwerk [Dachverband der Selbsthilfegruppen in Berlin, d. Red.] und einigen Freunden diese Summe von 350 000 DM aus eigener Kraft aufgebracht“ (Fabrik-Chronik).

Nach Darstellung der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Berlin sieht diese Kommuneromantik etwas anders aus: Nach der rechtswidrigen Besetzung des der Landespostdirektion gehörenden Ufa-Geländes kaufte der damalige SPD-Senat blitzschnell das Grundstück und zwang das für die Grundstücksverwaltung zuständige Bezirksamt Tempelhof, mit den Besetzern

Nutzungsverträge abzuschließen, die diesen „einmalige Vorteile“ (so CDA-Vize-Chef N. Atzler in Berlin) einräumten. Für die 4000 DM Monatsmiete werden Fabrikern 15 000 m² überlassen, das entspricht einer Miete von 26 Pfennig pro Quadratmeter. Anwohner müssen, um dieses Gelände nicht zu tangieren, Erweiterungsbauten und Baupläne umgestalten.

Sei dieser normativen Kraft des Faktischen wie ihr wolle: Das Problem der „Fabrik“ besteht im Kontakt mit der Außenwelt – auch wer von „Bürgerlichen“ nichts wissen will, ist von ihnen abhängig. Da muß die Philosophie Juppis, „den Nächsten zu respektieren“, die Probe aufs Exempel bestehen. Es gibt, ganz banal, Ärger mit dem Elektrizitätswerk, mit der Nutzung und Berechnung von Leistungen wie Strom, Müllabfuhr, mit Versicherungen, von (zahn-)ärztlicher Versorgung ganz abgesehen. Die „Fabrik“ ist keine Insel mit Robinsons, sondern ein Teil der in- und miteinander vernetzten Stadt. Die „Fabrik“ will eine eigene Schule einrichten, ist damit aber bei der Schulsenatorin Laurien auf keine Gegenliebe gestoßen, weil die dafür offerierten Einrichtungen keinesfalls den Anforderungen entsprechen. Die Kommune bemüht sich um die Niederlassung eines Arztes und Zahnarztes. Die Praxen sind (angeblich) installiert. Juppi weicht jedoch aus, als ich ihn bitte, uns diese Praxiseinrichtungen zu zeigen. Entsprechende Ärzte und Zahnärzte seien interessiert: Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin weiß aber von entsprechenden Anträgen, Ausschreibungen und Plänen nichts. Ein heikles Kapitel ist das Steuerproblem. In der Drucksache 9/198 (Antwort des Senats auf die große Anfrage über alternatives Leben) heißt es: „Die geäußerte Kritik, daß diese Werkstätten Steuervorteile genießen, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Auch diese Werkstätten sind verpflichtet, Steuern zu zahlen“. Ob sie es auch tatsächlich tun, steht nicht in der Antwort. ▷



Joppi, der hagere Tischlersohn von der Mosel (Foto oben links), ist Haupt und Herz der „Fabrik“-Kommune auf dem Gelände der ehemaligen Ufa-Filmgesellschaft in Berlin-Tempelhof; selbstredend, daß er unter anderem auch den Zirkus leitet, der in dieser „Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk“, Viktoriastraße 10–18, spielt, wenn er nicht gerade mit dem bemalten Bus (Bild unten rechts) irgendwo in Westberlin auf Tournee ist. An den Außenmauern des (öffentlichen) Cafés hat man Schilder angenagelt, die den Weg zum Kino, zu den Selbsthilfe- und den Produktionsgruppen der Ufa-„Fabrik“ weisen (rechts Mitte). – Die beiden anderen Bilder entstanden im Gebäude des stillgelegten Albrecht-Achilles-Krankenhauses, Berlin-Wilmersdorf: Mitglieder des Elternkreises drogenabhängiger Jugendlicher bei der Beratung in ihrem Büro, einem ehemaligen Krankenzimmer (oben rechts), und Blick in das Büro der Selbsthilfegruppe Krebs; an der Wandtafel (links Mitte) finden sich Hinweise auf die Gruppenarbeit. Die Mitarbeiter der Gruppe sind übrigens durchweg Betroffene. Fotos (5): Jochen Claus



Schwarz-grüner Pakt: Selbsthilfebewegung

Ähnliche Gruppen haben sich im Gebäude des stillgelegten Albrecht-Achilles-Krankenhauses in Berlin-Wilmersdorf, häuslich eingerichtet. Eine Initiative für Drogengefährdete; eine Lebenshilfe für geistig Behinderte; ein Verein namens „Raupe und Schmetterling“ für Frauen in der Lebensmittel, die mit Einsamkeit und Partnerschaftsproblemen nicht mehr fertig werden; ein Kneipp-Bund für naturgemäßes Leben und eine Rheuma-Börse sind Anlaufstelle für Verzweifelte, am Rande der Asozialität Stehende, Kranke und Verlassene. Sogar die Kassenärztliche Vereinigung hat einen Fuß in diesem Selbsthilfebund: Im Erdgeschoß unterhält sie eine Notfallpraxis. Das alles firmiert unter der Abkürzung SEKES (Selbsthilfe und Kontaktstelle), Träger (und offenbar auch Kontakter zum Senat) ist der Paritätische Wohlfahrtsverband. „Betreut“ werden diese Gruppen von einem Teil des ehemaligen Personals vom Albrecht-Achilles-Krankenhaus, einer der Mentoren ist Dr. Erich Huber, Stadtrat von Berlin-Wilmersdorf („Ich habe der etablierten deutschen Ärzteschaft schon zwei Gesundheitstage beschert“). Das Gebäude wird von den Gruppen, Patienten und ihren Helfern – nach dem äußeren Eindruck – ordentlich in Schuß gehalten, sie hängen aber, was fachkundigen Rat und Geld angeht, „ganz schlimm in der Luft“, wie eine der dort tätigen Damen berichtet. Die Arbeit, die Auseinandersetzung mit den psychosomatischen Krankheiten, den Depressionen mit den psychosozialen Hintergründen wachsen den Betreuern über den Kopf.

Für Erich („Ellies“) Huber spürt die „etablierte“ Medizin ohnehin an den Kernen der modernen Krankheitsbilder total vorbei. Höchstens 25 v. H. der Patienten gingen zum Arzt und ließen sich dort behandeln, von denen kämen auch wieder höchstens 10 v. H. in die Klinik. Alle anderen Menschen entzögen sich der forschenden Medizin und behandelten sich selbst. Damit sei das Gros der zivi-

lisatorischen Leiden der universitär-bürgerlichen Medizin entrückt. Durch „stille Rebellion“, wandere ohnehin ein großer, wenn nicht der größte Teil der verschriebenen Medikamente in die Mülltonne.

Die Aufteilung in die Kontaktbezeichnungen ist hochdifferenziert: Es gibt Selbsthilfegruppen für emotionale Gesundheit, einen Nichtraucherbund, eine ganze Palette von Vereinigungen gegen Drogen und Alkohol, ein Beratungszentrum („Schwuz“), eine Interessengruppe für Prostata-Operierte, Kontaktbünde brustoperierter Frauen, einen Landesverband der Kehlkopflösen . . .

Eines der neuen Zauberwörter heißt „Übersichtlichkeit“, und die Angst vor der Behörde, vor den großen Worten ist nicht zu überbrücken. In der Antwort des Senats auf die Anfrage: „Die Kriterien für die Hilfen des Staates sind so zu wählen, daß die Freiheit dieser Gruppen erhalten bleibt, eine destruktive Wirkung für den einzelnen oder für die Gesellschaft aber ausgeschlossen wird . . . Je größer der Zentralisationsgrad einer Gesellschaft, desto unwahrscheinlicher, ja unmöglicher ist es, daß die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen angemessen befriedigt werden können. Die dann notwendigen Enttäuschungen und Frustrationen bergen ein latentes Unruhepotential, das sich immer wieder – unerwartet – eruptiv entladen kann. In dem Maße, in dem es uns gelingt, die positiven Ideen der Alternativbewegung konstruktiv für unsere Politik sichtbar zu machen, wird es uns auch gelingen, den kriminellen Teil, der diese Bewegung pervertiert, zu isolieren und so das Gewaltproblem in unserer Stadt zu lösen.“

Anschrift des Verfassers:
Dr. phil. Ekkhard Häussermann
Greifswalder Straße 9
5000 Köln 60

● Lesen Sie zu diesem Thema auch den Aufsatz des Berliner Gesundheitssenators in der Rubrik „Spektrum der Woche“.

Neue LA-MED-Befragung

Ihr Urteil ist gefragt!

In den kommenden Wochen und Monaten befragt die Arbeitsgemeinschaft LA-MED, Leseranalyse medizinischer Zeitschriften e. V., in der die überregionalen und regionalen ärztlichen Fach- und Standesblätter zusammengeschlossen sind, erneut die Ärzte zu ihrem Leseverhalten.

Falls Sie zu den repräsentativ ausgewählten Ärzten gehören, die vom Untersuchungsinstitut IVE um ein Interview gebeten werden, bitten wir Sie recht herzlich um Ihre bereitwillige Mitwirkung.

Verlag, Redaktion und Herausgeber des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTS sind sehr daran interessiert zu erfahren, wie Sie unser Informationsangebot einschätzen und nutzen. Zur weiteren Verbesserung unserer Zeitschrift sind wir auf Ihr Urteil darüber angewiesen, wie unsere Arbeit bei Ihnen „ankommt“. Sie werden den Nutzen daraus ziehen!

Vielen Dank
für Ihre Mitarbeit.

Ihr
Deutscher Ärzte-Verlag